

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1905**

253 (30.10.1905)

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Abzügen abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:  
Luisenstraße 24.  
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsstelle: Nr. 8144.  
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 253.

Karlsruhe, Montag den 30. Oktober 1905.

25. Jahrgang.

## Zur Vorwärts-Affäre.

Wir haben in unsern beiden letzten Nummern unsere Leser mit den unangenehmen Vorgängen, die sich an Differenzen zwischen einem Teil der Redakteure des Vorwärts und dem Parteivorstand knüpfen, nicht behelligt. Heute müssen wir sie über den Teilbestand, soweit er sich bis jetzt übersehen läßt, nach einer im Vorwärts veröffentlichten Darstellung unterrichten, zumal die ganze bürgerliche Presse ganz selbstverständlich aus diesen Vorgängen Kapital zu schlagen versucht.

Der Vorwärts veröffentlichte folgende Erklärungen der sechs Redakteure und des Parteivorstandes:

### Aufklärung.

Vor dem Parteitag in Jena, in gemeinschaftlichen Sitzungen des Parteivorstandes, der Preschkommission und Redaktion am 1. und 8. September, wurden unter allseitiger Zustimmung die Redaktionsverhältnisse geregelt, nachdem sich die Notwendigkeit herausgestellt hatte, für die Differenzen der Mehrheit und der Minderheit der Redaktion einen Weg des Ausgleiches zu schaffen.

Die Vorgänge aus dem Parteitag in Jena, wo übrigens in den zur Debatte stehenden Parteitagen die Anschauungen der Vorwärts-Mehrheit durchweg als Parteimeinung anerkannt worden sind, wurden allgemein so aufgefaßt und mußten so aufgefaßt werden, daß sie den Abschluß der laufenden internen Parteiverhandlungen bedeuteten.

Trotzdem begann unmittelbar nach dem Parteitag der Vorstand gemeinsame Beratungen zunächst mit den Parteifunktionären von Groß-Berlin, sodann mit der Preschkommission. Für diese Sitzungen, die unter Ausschluß der Redaktion stattfanden, wurde strengstes Schweigegebot auferlegt — eine Methode, die in der Partei wohl noch niemals angewendet worden ist.

In diesen Geheimberatungen machte der Parteivorstand zunächst den Vorschlag, zwei Redakteure des Vorwärts sofort, einen dritten bei Gelegenheit zu kündigen. Als Ersatz wurde u. a. der Genosse Stadthagen für die Bearbeitung der Kommunalen z. Angelegenheiten in Aussicht genommen. Ferner sollte die Genossin Ruzenburg mit dem Recht einer gewissen Zwangsannahme ihrer Artikel und einem Privileg hinsichtlich der redaktionellen Kontrolle als händliche Mitarbeiterin eingestellt werden. Außerdem wurde in der ersten Sitzung des Parteivorstandes und der Preschkommission der jetzige Korrektor des Vorwärts für einen Redaktionsposten auszuwählen, der seit Jahren hinter dem Rücken der Redaktion Korrespondent der Leipziger Volkszeitung ist. Die Preschkommission schlug dann ihrerseits die Kündigung eines anderen Redakteurs vor.

Für die unterzeichneten Redakteure war weder die grundsätzliche Kündigung der für diese Artikel ausserordentlichen Kollegen noch die Aufhebung eines mit Ausnahme-rechten ausgestatteten Mitarbeiters, noch endlich die Einstellung Stadthagens annehmbar, weil, abgesehen von anderen Gründen, ein gezieltes politisches Zusammenarbeiten unmöglich schien. Die geplanten Kündigungen mußten sie gerade deshalb als willkürliche Maßregelungen aufpassen, weil die für die politische Haltung des Blattes in erster Linie verantwortlichen Kollegen auf der Vorschlagsliste des Vorstandes nicht standen.

Indessen waren diese sachlichen Einwendungen gegen die geplanten, zwar geheim gehaltenen, den Redakteuren aber doch bekannt gewordenen Veränderungen im Personal des Vorwärts zunächst für die Unterzeichneten noch nicht entscheidend. Was die unterzeichneten Redakteure aber sofort zum schärfsten Protest herausforderte, war das in der Geschichte des Vorwärts und

der Parteipresse noch nicht erhörte formale Verfahren des Parteivorstandes. Dieser wurden alle Angelegenheiten der Redaktion in gemeinsamen Beratungen von Vorstand, Preschkommission und Redaktion, unter gegenseitiger Hinzuziehung der Funktionäre, beraten und entschieden. So lange Liebschütz lebte, unter dessen Leitung übrigens die Redaktion bereits genau in derselben Weise demokratisch organisiert war, wie gegenwärtig, hatte er nach dem Beschluß des holländischen Parteitag das Recht der Teilnahme an den Sitzungen des Vorstandes. Nach seinem Tode wurde das gleiche Recht einem Vertreter der Gesamtreaktion eingeräumt und auch bei redaktionell interessierenden Anlässen ausübt. Niemals aber wurde die Redaktion von den gemeinsamen Beratungen der Aufsichtsinstanzen des Vorwärts über Angelegenheiten der Redaktion ausgeschlossen.

Die unterzeichneten Redakteure wurden nun zu der ersten Sitzung des Parteivorstandes und der Berliner Funktionäre am 2. Oktober, in der ohne bestimmte Vorschläge im allgemeinen scharfe Maßregeln angekündigt worden sind, überhaupt nicht eingeladen. Zur ordentlichen Sitzung der Preschkommission am 8. Oktober war die Redaktion formell eingeladen, sie erschien auch, es wurde ihr aber, nachdem offenbar der Vorstand seinen Wunsch kundgegeben, allein mit der Kommission zu verhandeln, bedeutet, daß sie sich zu entfernen habe. Ueber diese Verhandlungen wurde strengstes Schweigegebot den Teilnehmern auferlegt.

Da die unterzeichneten Redakteure nicht zu den Teilnehmern gehörten, waren sie an das Schweigegebot nicht gebunden. Und da sie inzwischen erfahren hatten, daß es sich um wichtige Änderungen in der Redaktion handelte, erhoben sie am 10. Oktober beim Parteivorstand Protest gegen ihre Nichtbeteiligung. Niemand bestritt dem Vorstand das Recht, in Gemeinschaft mit der Preschkommission die schließlichen Entscheidungen zu treffen, auch verbindliche Vorberatungen im engeren Kreise zu pflegen, es ist aber nicht nur bisher durchgängiger parteiprogrammatischer Brauch gewesen, es ist nicht nur parteiprogrammatische Forderung, sondern es bedingt auch die Würde der Parteipresse, daß ohne erhebliche Hinzuziehung der zunächst Beteiligten keine entscheidenden Vorschläge und Entschlüsse zur Reife gelangen dürfen.

Erst am 16. Oktober gab uns der Vorstand auf unseren Protest vom 10. Oktober Bescheid. Genosse Pfannkuch gab uns mündlich die überraschende Auskunft, daß es das gute Recht des Vorstandes sei, nicht nur ohne unsere Anhörung zu entscheiden, sondern auch ohne uns die Beratungen zum Abschluß zu führen. Er fügte hinzu, daß in unserem Falle von diesem guten Rechte Gebrauch gemacht werden würde. Dieser mündliche Bescheid klang uns so ungeheuerlich, daß wir noch am selben Tage (16. Oktober) um schriftliche Fixierung und zugleich um eine Konferenz mit dem Parteivorstand ersuchten, in der wir wenigstens die Gründe für das geheime Verfahren zu hören wünschten. Am 17. Oktober, nachdem wir diesen Ersuchen, unter einbehaltenen Darlegungen über die bisherige moralische und rechtliche Stellung der Redaktion gegenüber den Aufsichtsinstanzen, am 13. und 20. Oktober hatten weitere — mit Schweigegebot ausgestattete — Verhandlungen der Aufsichtsinstanzen stattgefunden — ohne Hinzuziehung der Redaktion.

Am 20. Oktober, abends 9 Uhr, überreichte uns Genosse Pfannkuch endlich den schriftlichen Bescheid auf unseren Protest. Er bekräftigte in dürren Worten, daß es tatsächlich die Auffassung des Vorstandes sei, daß bei solchen Entscheidungen die Redaktion nicht einmal gehört zu werden brauche. Eine Konferenz, die wie erwähnt, lediglich dem Zwecke dienen sollte, die Gründe für die Geheimhaltung zu erfahren, wurde bewilligt, aber nur unter der Bedingung, daß die Gesamtreaktion daran teilnehmen, also auch die Kollegen, die unserer dringenden

Aufforderung, sich dem Protest gegen das formale Verfahren anzuschließen, nicht nachgekommen waren. Wir haben schon in unserm die Kündigung begründenden Schreiben an den Parteivorstand hierzu ausgeführt, es sei selbstverständlich, daß nach unserer Meinung alle Redakteure zu den Beratungen in allen Stadien der Verhandlungen zugezogen werden müßten. Als Bedingung der Konferenz aber die Teilnahme aller Redakteure zu stellen, das könnten wir nur als Verhöhnung der Mehrheit aufpassen, da wir keinen Einfluß auf die Entscheidung der Minderheit hätten.

Diese Prinzipienklärung, die im Widerspruch mit der ganzen bisherigen Parteipolitik steht, veranlaßte noch am selben Abend die noch anwesenden Kollegen, ihre Kündigung zu beschließen, und die Begründung dieses Schrittes schriftlich zu fixieren. Ausschlaggebend war für sie die Erkenntnis, daß mit dieser neuen Auffassung der Freiheit und Unabhängigkeit der Presse bedroht, wenn nicht barmherzig sei, die bisher der schönsten Stolz der Partei gewesen und allein den Redakteuren das moralische Recht gab, die Würde der Partei und die Unabhängigkeit des kapitalistischen Preßbetriebs zu wahren.

Drei Redakteure erklärten sich noch am 20. Oktober entschlossen, unverzüglich zu kündigen, im Laufe des folgenden Tages wurden die drei anderen unterrichtet und schlossen sich dem Vorgehen an. Am Nachmittag berieten die sechs Kollegen nochmals gründlich die Angelegenheit. Inzwischen war uns bekannt geworden, daß Parteivorstand und Preschkommission sich am 20. Oktober wieder in einer Geheimberatung unter Ausschluß der Redaktion geeinigt hatten, einer Konferenz aller Parteifunktionäre Groß-Berlins den Vorschlag zu unterbreiten, der Gesamtreaktion zu kündigen, in jedem einzelnen aber freizustellen, sich wieder zu bewerben. Dieser Vorschlag wäre voraussichtlich bereits am Montag angenommen worden.

Alle diese verhängnisvollen, unerhörten Pläne wurden geschildert, ohne daß die breitere Parteipresse überhaupt eine Ahnung hatte. Nicht einmal die Kreisverpflichteten, denen sonst jede geringfügige Gehaltsaufbesserung unterbreitet wird, waren ins Vertrauen gezogen worden. Unter diesen Ausnahmeumständen empfinden wir es als unsere Pflicht der Partei gegenüber, die Massen unserer Genossen zu unterrichten.

Daher entschlossen wir uns, nicht nur unsere Kündigung sofort einzureichen, sondern auch unsere Kündigung unverzüglich der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wir überließen vielleicht unsere Maßnahme, indem wir auch von der Pflicht der Veröffentlichung der Parteivorstand vorher rechtzeitig in Kenntnis setzten. Am Sonntag erschien so die Notiz, die unsere Kündigung mitteilte.

Am folgenden Montag ließen wir unserm Kündigungsschreiben eine ausführliche Begründung folgen. Am selben Abend saßen die Funktionäre von Groß-Berlin den bekannten Beschluß; auch zu dieser Sitzung war die Redaktion nicht hinzugezogen. Tags zuvor fand — wie noch erwähnt sei — eine Generalversammlung des Kreisverbandes in Charlottenburg statt, zu der zufällig einer der Unterzeichneten delegiert war. Auf dieser Generalversammlung gab der Kollege eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts mit dem Ergebnis, daß die mehr als 100 Delegierten einstimmig — einschließlich eines Mitgliedes des Parteivorstandes — einen Protest gegen das gegenüber den Redakteuren eingeleitete Verfahren beschließen und die Einberufung einer Sitzung verlangen, zu der die Redaktion hinzugezogen werde. Die einzige Gelegenheit also, wo ein Redakteur sich äußern konnte, führte zu dem Ergebnis, daß die Beschlüsse der Redakteure einstimmig als bekräftigt anerkannt wurde. Der Protest von Telton-Pfeestow wurde am Montag in der Sitzung der Gesamtfunktionäre beraten und gegen zwölf Stimmen abgelehnt, die Redakteure hinzuziehen, nachdem sie gekündigt hätten.

So entwickelte sich diese ganze Angelegenheit von Anfang bis zu Ende, ohne daß die zunächst beteiligten Redakteure trotz aller Proteste von den Aufsichtsinstanzen gehört wurden, ohne daß sie einen einzigen Grund für das in der Partei beispiellose Verfahren erfuhren!

Berlin, 26. Oktober 1905.  
Wittner, Eisner, Gradnauer, Kaliski, Schröder, Wehler.

### Erklärung.

Auf den vorstehenden „Aufklärung“ überschriebenen Artikel haben wir zu erwidern, daß wir gemäß dem Beschluß, der in der Sitzung der Parteifunktionäre, der Genossen von Berlin und Umgebung in Gemeinschaft mit uns am 23. ds. Mts. gefaßt wurde, uns vorläufig jeder Richtigstellung und Entgegnung enthalten.

Der hier in Frage kommende Beschluß lautet: „Den Parteigenossen soll über die Vorgänge, die zur Kündigung der genannten sechs Genossen und zum heutigen Beschluß führten, öffentlich Auskunft gegeben werden, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind.“

Hiernach ersehen wir die Parteigenossen und die Parteipresse bringen, ihr Urteil über die Vorgänge im Vorwärts bis zu der von uns in Aussicht gestellten Darlegung zurückzustellen.

Es bedarf nicht erst der Versicherung, daß die Berliner Parteifunktionäre und der Parteivorstand sich bei ihrem Handeln sich voll der Verantwortlichkeit bewußt waren, die sie der Gesamtpartei gegenüber tragen.

Selbstverständlich ist, daß die Teilnehmer der Versammlung, bevor sie ihren Beschluß faßten, Kenntnis von dem Wortlaut des Briefwechsels genommen hatten, welcher zwischen den Genossen im Vorwärts, die gekündigt haben, und uns gepflogen wurde.

Berlin, 26. Oktober 1905.  
Der Parteivorstand.

Wir haben hierzu vorläufig zu bemerken, daß wir selbstverständlich nicht in der Lage sind, mit der Aufklärung der Gründe, aus denen wir gekündigt haben, vor den Parteigenossen zu warten, bis die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind. Dies bedeutet, der Vorstand will die Aufklärung erst dann geben, wenn die beteiligten Redakteure nicht mehr in der Redaktion sind und die Darlegung ihres Rechtes nicht mehr unmittelbar veranlassen können. Außerdem erhebt bereits die Parteipresse mit Zug den Anspruch auf sofortige Aufklärung!

### Die beteiligten Redakteure.

Die gesamte Parteipresse ist einmütig in dem Verlangen, daß der Parteivorstand so schnell als nur irgend möglich mit der Darlegung der Gründe, die ihn zu seinem Vorgehen veranlaßt haben, herausrückt. Es handelt sich hier nicht mehr um Differenzen zwischen den sechs Vorwärts-Redakteuren und dem Parteivorstand, sondern um die Wahrung elementarer Parteiprinzipien. Der jetzige Zustand ist unhaltbar, die Parteiredakteure müssen sofortige Aufklärung verlangen, denn wie sollen sie den Kampf gegen unsere Gegner führen, wenn in unserer Partei selbst das Wort „Dere in dante“ maßgebend würde. Die Partei muß wissen, welche Gründe den Parteivorstand zu diesem unerhörten und unverhältnißlichen Vorgehen veranlaßt haben. Der Verein Arbeiterpreise hat sich der Sache ebenfalls angenommen und eine Generalversammlung einberufen. Es ist bedenklich, daß es soweit kommen mußte.

Die Münchener Post bemerkt sehr richtig: „Das praktische Ergebnis des Verhaltens unseres Parteivorstandes aber könnte sein, daß alle Schaffmacher, alle rücksichtslosen Arbeitgeber nun einen

zunge wie ein Perlenschmuck in kostbarem Einlegeten und einen ganz eigenen Reiz ausstrahlen.“

Ferdinand hatte eine ernste und kalte Miene angenommen, um Julie in ihrem entgegenkommenden Benehmen nicht noch mehr zu ermutigen. Trotz dessen sah er sie aber oft freimütig an.

(Fortsetzung folgt.)

### Kleines Feuilleton.

„Hoh!“ Abonnenten. Manche Geschäftsleute haben das Geheimnis, daß sie Veleanten „hoh“ und „allehöchster“ Herrschaften werden. Damit ist ihr Geschäft gesichert, denn gleichgültig, ob sie Zofe, Wähe oder Hosen erzeugen, der gewöhnlichen Kundenschaft imponiert es gar sehr, wenn auch sie dieselben Artikel kaufen darf, die irgend ein gekrönter Herr oder eine gekrönte Dame benötigt. Die verächtlichen Interneure sind natürlich klug genug, diesen „patriotischen“ Zug ihrer Kundenschaft gehörig auszunutzen und auf ihren Erzeugnissen wimmelt es nur so von Kronen und Titeln. Es soll damit natürlich nicht gelagt werden, daß mancher von ihnen seine Liebe zu den hohen Herren und Damen nur nach seinem Kassenbestand bemisst, d. h. danach, was diese, als Kellnerartikel benötigt, ihm einbringen. Zudem will der Mann auch seinen Lohn haben, da es ihm gewiß „Arbeit“ genug kostet, bei irgend einem gnädigen Kammerdiener seine Konkreten aus dem Felde zu schlagen. Nicht zuletzt hat er aber doch das Verdienst, daß er durch seinen Handel zwischen der gewöhnlichen Bevölkerung und den überwältigten garten Verbindungsstufen knüpft.

Sure, die Besitzer der vielköpfigen Vögel, Zinken und Baden lassen es sich sehr wohl gefallen, daß diese ganze Bunte und vielgestaltige Herab auf allen Zimmern, schilbern und Schachbrettern prange. Nun hat aber kürzlich ein Zeitungsinventar seine Hoflieferanten zu einer Reklame ausgenutzt, bei der es sehr die Frage ist, ob sie der betreffenden hohen Kundenschaft passen wird. Das obige Blatt La Vie Parisienne (Pariser Leben) hatte nämlich entdeckt, daß seine Abonnentenzahl eine Vermehrung bedürfte und den köstlichen Einfall gehabt, in der letzten Nummer seine ehrenwerten Abonnenten zu veröffentlichen und die Bilder der betreffenden Abonnenten

## Der Roman der Arbeiterinnen.

Aus dem Französischen frei bearbeitet von Laura Feil. (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Sie schwiegen nun beide, und jeder dachte noch weiter über das angeregte Thema in seiner Weise nach. Endlich war die Sitzung beendet, und der Vater schickte sich an, nach der elterlichen Wohnung zurückzukehren. Ehe er ging, schlug er den beiden Frauen vor, den Rest des Nachmittags noch in seinem wohl-durchwärmten Atelier zuzubringen. Sie nahmen jedoch das Anerbieten nicht an, da wirtschaftliche Wildtaten Frau Madelon in ihre Händlichkeit riefen und Paula sich nicht von der Mutter trennen wollte.

Als Ferdinand sie ihrem kalten, unwohligen Heim wieder aufstehen sah, schloß er sich mehr dem je von Mitleid für die Armen ergriffen. Der junge Künstler hatte ein ausgezeichnetes Herz, das allen Prinzipien menschlicher Brüderlichkeit huldigte. Er war auch nicht einer von jenen, die gedankenlos in den Tag hineinleben, sondern er arbeitete an sich, beharrte zumeist sein Gewissen, und obwohl er für die Freunde der Jugend sehr empfänglich war, legte er sich doch eine gewisse Zurückhaltung auf und beharrte sich im großen und ganzen Reinheit der Sitten.

Dennoch aber grübelte er in diesem Moment über die Verwirklichung eines Wunsches nach, der bemies, daß auch er nicht von jenem unbewußten Egoismus frei war, der in der Natur des Mannes im allgemeinen und im besonderen in der des glücklichen, unabhängigen Mannes liegt.

„Dieses junge Mädchen ist schön“, sagte er sich, es ist klug und würde sich leicht bilden lassen. Auch wäre es sicherlich eine ehrbare Frau. Dennoch aber kann ich nicht daran denken, es zu heiraten. Seine Eltern sind gesellschaftlich unmöglich, und die meinten würden niemals in eine solche Ehe willigen. Wenn das hübsche Kind aber daran willigen würde, meine Geliebte zu werden, wäre ich mich ihm zumeist

niemals verheiraten. Ich würde Paula wahrlich glücklich machen, sie einem Leben voller Glend entziehen, sie mit mir nach Italien nehmen. O, das wäre alles ganz prächtig! Wenn ich zum Beispiel eine reiche Frau heiratete, so müßte ich einen anderen Beruf ergreifen, auf meine Kunst verzichten und die Oberherrschaft der Schwiegereltern dulden. Mit dem eigenen Willen, mit so mancher Liebhaber, wie überhaupt mit der unumkehrbaren persönlichen Freiheit wäre es vorbei! Ich würde ein zwar sehr angenehmes, aber stets abhängiges Leben führen. Nein! Entschieden gehe ich es vor, eine so reizende, jugendliche und geliebte Geliebte, wie Mamiell Paula es wäre, zu haben; sie würde mich sicherlich nicht tyrannisieren und so viel Verdrüss bejagen, mich auch meiner Kunst leben zu lassen.

Während Ferdinand Jaural sich diesen Betrachtungen hingab, dachte Paula an ihn mit einiger Bitterkeit.

„Er ist ein ganz guter Mensch“, sagte sie sich, „aber wie alle Reichthümer voller Vorurteile gegen die Armen.“ Ach, was für eine traurige und häßliche Sache ist doch die Armut!

Der Gedanke an die junge Arbeiterin beschäftigte den Vater indessen unablässig. Er verfolgte ihn bis in den Kreis seiner Familie und hielt ihn einen guten Teil der Nacht wach. Er nahm sich vor, Paula gleich am folgenden Morgen wieder aufzusuchen.

In der Tat sah er sie auch wieder und betrachtete sie anfänglich mit einem Gefühl der Ehrung, später aber, als ob sie ihm bereits angehören würde. Er war in dieser Beziehung von der größten Zurechtweisung erfüllt, und unter dem Einfluß dieser Empfindungen führte eine Art zärtlicher Achtung seine Hand, während sein Binsel die Füge des armen Geistes festzuhalten suchte. Durch die lebhaftige Begeisterung für den Gegenstand gelang es ihm trotz manchen Fehlers, ein Wort zu sagen zu dringen, das den höchsten Reiz einer jugendlichen Gestaltungskraft an sich hatte und auf Genialität Anspruch erheben konnte.

Auch heute war die Sitzung durch Juliens Ankunft unterbrochen worden. Sie hatte, wie sie es in Aussicht gestellt, ihre Suppe mitgebracht und nahm nun den Deckel vom Topf, aus dem ein köstlich heißer Dampf heransströmte. Der Duft des Kohls verbreitete sich im ganzen Atelier. Ferdinand hatte noch nicht gegessen. Es war zwei Uhr, und seit vier bis fünf Stunden arbeitete er bereits ununterbrochen. Er fühlte sich schon erschöpft, und auch der Magen verlangte sein Recht. Das organische Leben mit seinen gebietenden Forderungen zieht eben immer den Menschen von seinen Idealen ab.

„Da kommt ja schon wieder Julie, um uns aufzuhalten“, schalt der junge Mann trotz der willkommenen Störung. „Was will sie denn hier mit ihrer Suppe?“

„Ich habe Ihnen neulich gesagt, daß Sie davon kosten werden“, gab die schöne Julie zurück. „Ich bringe drei Löffel und drei Teller für Euch mit; ich selbst werde aus dem Topf essen.“

„Wir werden jetzt nicht essen“, widersetzte sich Jaural. „Ich arbeite. Nicht wahr, Fräulein Paula, Sie werden mir noch ein wenig sitzen?“

Das junge Mädchen gab ein Zeichen der Zustimmung. Julie sagte nichts, sondern füllte die drei Teller ruhig bis zum Rand mit Suppe, dann fing sie, dem jungen Manne gegenüber an das Fenster gelehnt, mit der einen Hand den irdenen Topf umfassend, mit der anderen den Löffel fühlend, zu essen an.

Sie sah in dieser Stellung reizend aus. Ihre Kleider waren von peinlichster Sauberkeit, dazu trug sie ein seidenes Tuch nach Vorderläufer Art um den Kopf geschlungen, wie sie es bei einer Genossin gesehen; der eine Zipfel fiel ihr kokett über das Ohr.

Das braune Email des Topfes leuchtete wie ein Spiegel, und der Blechlöffel war so blinkend, daß man ihn für einen Aluminiumlöffel halten konnte. Jedesmal, wenn Julie ihn zum Munde führte, sah man ihre schönen weißen Zähne, die zwischen ihren roten Lippen und der Purpur-

r.  
gen  
Karlsruhe.

4070

4071

4072

4073

4074

4075

4076

Freibrief auf brutale Behandlung der in ihren Vertrieben Beschäftigten zu haben glauben. Wenn Genoz Auer noch aktiv sein könnte, wäre diese Berliner Geschichte nicht möglich gewesen. Jetzt aber scheint mit einem Mangel an Ueberlegung und Verantwortungsfreudigkeit „regiert“ zu werden, der die größten Bedenken in der Partei hervorruft.

Was die Sache der Parteiführung anbetrifft, so muß selbstverständlich der Verein Arbeiterpresse sich ohne Verzug damit beschäftigen.

Mit dem andern Teil der Affäre werden aber wohl überall die Parteiorganisationen sich befassen und dem Vorstand ihre unzweideutige Meinung sagen müssen.

In der Sonntagsnummer des Vorwärts veröffentlicht der Parteivorstand folgende Bekanntmachung:

#### An die Parteigenossen!

Wir teilen mit, daß den Genossen Eisner, Gradnauer, Kallisch, Schröder und Wegler heute Abend Einbruch in die Redaktion zum 29. d. Mts. ab auf ihre Tätigkeit in der Redaktion des Vorwärts verübt.

Genosse Wiltner, der provisorisch als Redakteur ange stellt war, ist erkrankt worden, seine frühere Stellung als Korrektor am 1. November wieder anzutreten.

Vorläufig sind in die Redaktion eingetreten die Genossen Leubold, W. Dümel und Weber. Außerdem wird der Genosse Stadthagen in umfangreicher Weise als bisher an der Redaktion teilnehmen.

Die Denkschrift des Vorstandes und der Preschkommission über die Differenzen zwischen einem Teil der Redakteure des Vorwärts und uns wird in den nächsten Tagen erscheinen.

Berlin, den 28. Oktober 1905.

#### Der Parteivorstand. Die Preschkommission.

Damit ist allerdings die Angelegenheit nicht erledigt, denn die Redakteure sind in aller Form gemagt. Man versteht nicht, wie es soweit kommen konnte. Die Affäre hat in den Reihen der Parteigenossen heftiges Aufsehen erregt und es dürfte dem Parteivorstand schwer werden, genügende Gründe für sein Verhalten zu finden.

### Politische Uebersicht.

#### Klerikale Schwindelpolitik.

Man schreibt der Frankf. Volkst. aus Köln: Das Zentrum im Kölner Rathaus hat sich durch den Mund seines Führers Trimborn gegen die Erweiterung des Gemeindefinanzgesetzes auf die zu unter 900 M. Einkommen veranlagten Bürger ausgesprochen. „Wer nicht zahlt, wählt auch nicht“ — verkündete der große „Volks- und Arbeiterfreund“ Trimborn vor der Höhe seines mit dem bürgerlichen Vermögen gefüllten Geldsacks an. Und natürlich findet die Zentrumspresse das Verhalten des ultramontanen Parteiführers durchaus gerechtfertigt, und ihre volle Entzweiung ergießt sich auf die freien Sozialdemokraten, die es wagen, von Volksverrat und Wahlrechtsraub zu sprechen. Da ist es interessant an folgendes zu erinnern:

Im Winter 1902 richtete das christliche Gemeindefinanzgesetz in Köln an die dortigen Stadtverordneten das Ersuchen, den Wahlsatz für die Gemeindevertretung herabzusetzen und so einer größeren Anzahl von Arbeitern die Teilnahme an der Gemeindevahl zu ermöglichen, denn in Köln ist bei dem dort üblichen überaus geringen Arbeitslohn unter dem 900 M. Zensus den allermeisten Arbeitern das Wahlrecht verweigert. Der Antrag wurde von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt, und zwar dadurch, daß eine Anzahl von Zentrumsmännern auf die Seite der Liberalen trat, die dagegen waren, und so eine Mehrheit gegen den Antrag schuf. Damals schrieb die Kölnische Volkszeitung: „Das Verhalten der Minorität der Zentrumsvorstände in diesem Falle erscheint ebenso unverständlich wie bedauerlich. Seit mindestens einem Menschenalter hat die Zentrumsfraktion im Abgeordnetenhaus und die Zentrumspartei namentlich im Rheinland unablässig und entschieden auf die Herabsetzung hingearbeitet, und wenn der Antrag und die Möglichkeit vorliegt, in einer großen rheinischen Gemeinde einer großen Gruppe von Bürgern das bisher vorenthalte Wahlrecht zu verschaffen, so müßten schon Gründe der gewichtigsten Art geltend gemacht werden, wenn das ablehnende Verhalten irgendwie gerechtfertigt erscheinen soll. ... Was für einen Wert hat eine Mehrheit, die als solche nicht in die Entscheidung tritt!“ Und als die Kölner christlichen Arbeiter gegen die Vorenthaltung des Wahlrechtes protestierten, da war es Herr Giesberts, der jetzt Reichstagsabgeordneter von Essen, der in einer Protestversammlung ihrer Entrüstung in folgenden Worten Ausdruck verlieh: „Die natürliche Gerechtigkeit der allgemeinen Rechtsentwicklung, die richtige Auffassung von den Aufgaben des Gemeindefinanzgesetzes und des Arbeiterstandes als eines der wichtigsten Träger des wirtschaftlichen und politischen Lebens, alles das legt den maßgebenden Faktoren in Staat und Gemeinde die Pflicht auf, möglichst vielen Einwohnern das Wahlrecht zu sichern. Die Versammlung bebauert aufs Tiefste, daß ein Teil der von den Zentrumswählern gewählten Stadtverordneten

mitgewirkt hat, den Antrag zu Fall zu bringen, und trotz der schönen Worte, mit denen diese Herren ihren Standpunkt zu rechtfertigen suchen, erklärt sie, daß die Arbeiterpartei denselben ihr Vertrauen nicht mehr schenken kann.“

So die Zentrumsklätter und die Zentrumsführer nach dem Kölner Fall. Wir wissen nicht, was Herr Giesberts zu dem Verhalten seiner Gesinnungsgenossen im Kölner Stadtparlament sagt, aber er sieht sehr die Kölnische Volkszeitung, die damals den Kölner Zentrumsklättern die Wahlrechtsaufträge vor der Tat das Gewissen zu schämen; sie bringt es fertig, das was sie in Köln getadelt hat, in Köln zu rechtfertigen und die Haltung der Kölner Zentrumsmehrheit im Rathaus für durchaus gerecht zu erklären. Aber Gebuld, für Köln wird sich bewahren, was damals das Nachschreibblatt für Köln schrieb: „Der Vorteil von dem Beschluß haben die Sozialdemokraten, welche jetzt darauf hinweisen können, daß weiten Kreisen der Arbeiter in Köln durch die Mitgliedschaft von Stadtverordneten der Zentrumspartei das Wahlrecht vorenthalten werde.“

### Badische Politik.

#### Das Wahlergebnis.

welches wir gestern unsern Lesern schon zu unterbreiten in der Lage waren, bedarf einer Korrektur. Im Bezirk Breiten-Sinsheim wurde nicht der Konservative, sondern der Blockkandidat Garisch gewählt. Der Block verlor demnach im künftigen Landtag über 30 Mandate, das Zentrum und die Konserverativen zusammen über 31. Den Ausschlag gibt also die Sozialdemokratie mit ihren 12 Mandaten. Im einzelnen stellt sich das Resultat der Landtagswahlen wie folgt:

- Nationalliberale 24, früher 25 - 1.
- Zentrum 28, früher 23 + 5.
- Sozialdemokratie 12, früher 6 + 6.
- Demokraten 5, früher 6 - 1.
- Konservative 3, früher 0 + 3.
- Freiwirtschaft 1, früher 2 - 1.

Die Zfr. Hg. bemerkt zu dem Wahlausfall: Von erstermal seit Jahrzehnten ist in deutschen Landen das freiwirtschaftliche Bürgerturnier in die Wahlschlacht gezogen und mit ihm im Augenblick der Gefahr die sonst weitab gestandene Sozialdemokratie. Wenn der Erfolg den Erwartungen auch nicht entsprochen hätte — schon allein die Tatsache, daß die weitestgehende Einigungsidee, die man im Interesse einer wirksamen Bekämpfung der Reaktion sich wünschen kann, hier erstmals Ereignis geworden ist, müßte mit solcher Befriedigung erfüllt und mit hoher Hoffnung für die Zukunft. Und noch eines! Vielleicht hat in diesen Tagen auch den Führern und Freunden blühen die Kräfte die lange Sorge gelastet, ob das Bündnis auch getreulich werden gehalten werden, ob das langgewohnte der Kampfgemeinschaft nicht Verwirrung in die Reihen der Kämpfer bringe zum Nutzen des Feindes, den niederzuwerfen es galt. Der heutige Tag hat die Sorge als unbegründet erwiehen. Die Reihen haben Stand gehalten, die Truppen sind der Parole ihrer Führer gefolgt, nicht verbrochen und widerwärtig, sondern freudig und geschlossen. Man wird keinen einzigen Wahlskreis nennen können, in dem das Bündnis verlagert hätte.

Das Beispiel, das die linksstehenden Parteien in Baden gegeben haben, wird seine Wirkung auch auf das übrige Deutschland nicht verfehlen, vor allem nicht auf die bürgerlichen Parteien, die erkannt haben, daß trotz schwerer Verhältnisse der Liberalismus seine Position wahren kann, wenn er zusammenhält und nicht nutzlos seine Kräfte verstreut. Ob das badische Beispiel auch im übrigen Deutschland Nachahmung findet, muß erst abgewartet werden. In Preußen dürfte es schon noch eine Weile dauern, bis es so weit kommt.

#### Als plumper Wahlschwindel

bezeichnet die Bad. Post unsere Mitteilung, ein konservativer Herr sei bereit gewesen, „konservative Stimmen der Sozialdemokratie zuzuführen, wenn diese in einem andern Bezirk den Konserverativen ihre Stimmen zukommen ließen.“

Diese Behauptung beruht nicht auf Erfindung und ist deshalb auch kein plumper Wahlschwindel. Vielleicht erkundigt sich die Redaktion der Bad. Post beim Herrn Direktor der Idellitas über den näheren Sachverhalt. Wir sind überzeugt, daß der Herr Direktor der Idellitas der Wahrheit die Ehre geben und unsere Behauptung bestätigen wird. Jedenfalls weisen wir die Vorwürfe der Bad. Post mit aller Entschiedenheit zurück.

#### Ein rührendes Bild.

So schreibt man uns aus der Ortenau, gibt die Redaktion der Straßburger A. u. K. Nachrichten (Nr. 245) von dem heldenmütigen Kampfsinn der freiwirtschaftlichen Parteien in der Landtagswahl in der Ortenau. Zur obigen Kategorie rechnet das Straßburger Intelligenzblatt der Kategorie die Sozialdemokraten nicht; nur das vegetarische Blut vom Blut, von dem 3 Prototypen jeder im Namen eines anderen Freiheitbegriffes geteilt, kämpft für Freiheit, die sie meint, nämlich die Straßburger Tante des Kapitalismus. Und es erscheint ihr dieser uralte Freiheitbegriff als archaischer Gefühlspunkt, von welchem aus die vereinigte Reaktion, d. h. Ultramontanismus und Sozialdemokratie, aus den Angeln zu heben ist nicht zum Ziegen Adams, auch des deutschen Reiches.

Seiten 89. Preis 1 Mark. Verlag von Baden u. Komp., Dresden. Dieses Buch gibt den dichterischen Niederschlag von Stimmungen, die der Klaffenkampf erzeugte. Aus anderthalb Jahrzehnten stammen die Gedichte. Sie wollen kein Spiegel sein, der bestimmte geschichtliche Ereignisse dieses jüngsten halben Menschenalters in Bildern, Worten und Versen festhält. Sie sind vielmehr ein Sinnbild unter der Ereigniswelt und ein Lauschen nach den Werten, die sie im großen Strome menschlichen Lebens haben. Abgleichendes Zielstreben und harkes Bewegen ist alles in diesem Buche. Es hat den Sinn des Bildes, das dem Meinerischen Denkmal der Arbeit entlehnt, die Zielstreife fällt: Proletarier in mächtigem gemeinsamen Schaffen am Triebrod und als Schärer flammendprasselnder Gewalten. Anspannen aller Kräfte zum Kampfe um Freiheit und inneres Reiten des Einzelnen als Endabsicht der schaffensgewaltigen Natur, der auch alles menschliche Dingen am Freiheit zugest um Besen zu dienen hat, — das ist die Sehnsucht dieses Buches, das den Proletarier in seinen heiligsten Stunden finden will.

#### Humoristisches.

Ein guter Mensch. Sie essen und trinken aber gut, Herr Huber! „Aber erlauben Sie mir, ich muß mich doch meiner Familie erhalten!“

Andere. „Als ich den Dadel von Ihnen kaufte, sagten Sie, der zu keinem Menschen was zuließe. Wie ich am nächsten Morgen bei mir der Räder die Fose zerriß!“ — „Nu, ist die Fose ja Mensch?“

Summarisch. Hausrecht (eines Dorfstrichhauens, das zugleich Vergeltung ist): „Der Butler da draußen wohnt für sich und sein Schnauze was zu laufen.“ (Weggendorfer Blätter.)

#### Literatur.

Franz Dieberich, Die Hammer dröhnen. 112

Mißt diese idiotische Auffassung vom politischen Konflikt dieses Reiches nicht jedes bündliche Gemüt zu bitteren Freuden? Wie ergreifend wirkt erst die Schilderung in dem ritterlich angehauchten Genre-Widchen vom alten polkischen Mummelreis, der seinen, längst im Gnadenbot stehenden Körper nochmal jactet und ihn mit schmerzhaften Leiden befreit, um den letzten Atemzug im Turnier für die Freiheit, die der Block meint, zu tun. Die Straßburger Neuesten zählen die verdienstvollen Männer des Landes da, welche im Oktobernebel oben auf dem Blodsberg saßen, um die badische Weiterfahre der Freiheit zu halten; nämlich: die beiden liberalen „Der“ von Heidelberg und von Baden-Baden und den Müllheimer Blankenborn, dessen Verdienste als „Kommunierent“ — jedenfalls bei der Geburtschiffe am Wödenort des Zolltarifs — unbestritten sind. Dann heißt es:

„Sogar der alte Muser in Offenburg, der sich schon aus dem Parteileben zurückziehen wollte, ist noch einmal in die politische Arena hinabgestiegen, um für die Ideale seiner Jugend zu kämpfen.“

Bedrückt muß auch das verächtliche Herz eine Mannessträne in jedem Auge beim ergreifenden Einbruch dieser politisch-romantischen Idylle.

Der träumte sich nicht, der Schiller's Tyrannomord-Drama lenkt, mitten in die Verjährungsperiode auf dem Müll unter dem Block mit dem Kreuzlein drauf! Es kommt uns vor, als böten wir beim merkwürdigen Erscheinen einer greisenhaften Gestalt enttäuscht aus:

„Zeh! Steigt nicht selbst der fromme Diener Gottes, der weiches Haar, mit herab? Nicht sieht er doch die Wege Mühsal und das Graun der Nacht, Ein treuer Hirte für das Volk zu sorgen.“

So ruft der Jungliberale des Müllblods aus, während ein anderer bedauernd feststellt:

„Doch nicht den Zell erbitt' ich in der Menge.“

Ann, es muß zur Entschuldig der nationalliberalen Straßb. Post angenommen werden, daß sie den „alten Muser“ nicht persönlich kennt und ihn bisher zum alten Eisen der austrangierten bürgerlich-demokratischen Richtung registrierte. Die Mühung in welcher der noch in den fünfzigern seines Lebens stehende Muser „für die Ideale seiner Jugend“ gestritten, zeigt bis her von seinen Freiheitsleben vom Block von vorn und hinten beleuchtet worden, als er an der Seite der ultramontanen Pfaffen tritt, daß die Straßburger Neuesten im Interesse des Musers, dessen Lob sie singen, besser nicht in die Seiten gefallen wären. Wir hätten aber auch in diesem Falle das Straßburger Gedächtnis mit christlicher Ergebnisheit schweigend angehört, wenn der Muserjäger es unterließ, der badischen Sozialdemokratie das Brandmal des Verrates an ihren Prinzipien der Freiheit aufzudrücken. Von unsern Eingriffen in den badischen Landtagswahlkampf gibt nämlich das wichtigste Blatt folgende Definition: „es kommt ihnen (den Sozialdemokraten) eben darauf an, ihre Stimmen zu zählen und dann in der Stichwahl mit Hilfe des Zentrums einen Sieg zu gewinnen, den sie freilich dem Zentrum ihrerseits mit Beihilfe gegen die freiwirtschaftlichen Parteien bezahlen müßten, für eine Partei, die selbst die „Freiheit“ auf ihr Banner geschrieben hat, keine ganz konsequente Haltung.“

Das Bild der badischen Wahlkraft sollte das Straßburger Wahlmal eines anderen belehren, wenn das Web Vernunft besäße, das aber:

### Deutsches Reich.

#### Die Neustädter Landtagswahl.

Zur Landtagswahl in Neustadt (Pfalz) ist neuerdings Wahltermin auf Montag, 6. November, vormittags 9 Uhr, in das Bahnhofs des Saalbauers einberufen. — Nun geht es infolge des durch die Liberalen zu Fall gebrachten Wahlgesetzentwurfes zum drittenmal in die Urne, um vielleicht wieder sein Resultat zu erzielen, wie bei den bereits mißglücktgehabten 17 früheren Wahlgängen.

### Husland.

#### Oesterreich-Ungarn.

Warum ein Reichstagsabgeordneter ermordet wurde. Aus Budapest läßt sich die Wiener Arbeiterzeit. melden: Die Ermordung des Advokaten und Reichstagsabgeordneten Milan Milosavljević in Maria-Theresienstadt ist ein genaues Seitenstück zu der vor einigen Jahren in Groß-Rinda auf offener Straße erfolgten Ermordung des Advokaten und Reichstagsabgeordneten Paul Grenits, der unter den Bauern wie ein Wampyr gehaßt und sich bereichert hatte, bis er eines Tages von einem seiner Opfer wie ein Hund erschlagen wurde.

Auch Milosavljević hatte als vermögensloser Advokat seine Kaufbahn begonnen und er „erwarb“ ein Vermögen von über zwei Millionen Kronen; auch er hat die Bauern, die in seine Klauen gerieten, erdarmungslos ausgezogen und man sagt ihm nach, daß er in der deutschen Gemeinde Paes-Almas des Paes-Bodroger Komitats allein an die 200 Familien in den Bettelstand gebracht hat. Sein Würder war der Paes-Almaser deutsche Bauer Michael Ulrich, der vor einigen Jahren noch ein Bestiumm im Werte von circa 100 000 Gulden sein eigen nannte, bis er seinem Duzfreund Milan Milosavljević in die Hände geriet — und von ihm nach allen Regeln der Kunst der Herrenleute geplündert wurde. Vorige Woche hat Ulrich seinen „Freund“, ihm doch wenigstens sein Haus in Maria-Theresienstadt im Werte von 10 000 Kronen von dem Raube zurückzuerhalten. Milosavljević sagte ihm das auch zu, aber als Ulrich einige Tage später kam, um ihn an sein Versprechen zu mahnen, erhielt er zur Antwort: „Häng' dich auf, das ist das Beste für dich!“

Am Samstag hat Ulrich seinen Vererber am helllichten Tage auf offener Straße erschlagen und ließ sich dann sofort dem Gericht. In Maria-Theresienstadt und im ganzen Komitat werden sich die Symptomen — ganz so wie bei dem Morde in Groß-Rinda — dem Würder zu. Michael Ulrich wird allgemein als ein nüchternen, fleißigen, friedfertigen Mensch geschilbert, der niemals seinen Bauern einen Leid zufügte. Die Paes-Almaser Bauern aber sagen: „Jetzt wird alles ans Tageslicht kommen.“ Sie meinen damit, daß es sich wieder einmal herausstellen wird, wie gewisse „Herrenleute“ in Ungarn, namentlich wenn sie Gefolgegeber sind und ihren Einfluß verwerten, Vermögen ansammeln.

#### Frankreich.

Ein gewerkschaftlicher Verband der Lehrer war in Paris und den umliegenden Orten in der Gründung begriffen. Der Seine-Präsident hat aber dieses Syndikat nicht anerkannt; es widerspreche dem Gesetz von 1884. Der Genosse der Presse hat daraufhin im Namen der Agn der Menschenrechte beim Minister des Innern Protest eingelegt, in welchem er die vollständige Rechtswidrigkeit des präfektoralen Entschlusses nachweist. Wie den Postangestellten, so muß auch den Lehrern das Recht der Vereinigung zu unterbinden.

#### Norwegen.

so. Das Verlangen nach einer Volks-

bestimmung über die Staatsform bezeichnet der alte „prinzipielle Republikaner“ Björnson in seinem jetzigen Verborgenen als eine „Parteihefulation“. Er gibt zu, im August dieses Jahres einem ausländischen Zurechener (Andreas), dem Vertreter der sozialdemokratischen Presse Danemarks) gelagt zu haben, die Mehrheit der Norweger sei republikanisch gesinnt und so werde die Demokratie aller Länder sich freuen, wenn Norwegen jetzt Republik werde, doch meint er, daß jetzt nicht die Zeit sei, mit einer Republik zu experimentieren. Im Hinblick an seine Meinung über die Festimmung der Volksmehrheit gibt Sozialdemokraten „seiner königlichen Hoheit“ Bring Karl zu bedenken, daß hier einer der Monarchisten Norwegens die Wahrheit über die Situation sagt, und bemerkt weiter: „Man will Sie zum König über ein republikanisches Volk machen. Man bietet Ihnen eine Dornenkrone statt einer Krone — und zwar gegen den Willen der Volksmehrheit.“

Aus den vielen Neuerungen der verschiedensten Vereine, Institutionen und Versammlungen gegen und für unmittelbare Königschaft, für und gegen Volksentscheidungen über die Staatsform, die dem Storting jetzt in einem Aktentil gedruckt vorliegen, läßt sich natürlich ein abschließendes Urteil über den Willen der Volksmehrheit nicht bilden, doch kann man mit Recht annehmen, daß hinter der Forderung des Zentralverbandes der Arbeiterpartei auf Republik und Volksentscheidung im allgemeinen die bei weitem größere Zahl von Stimmern steht.

Die Bestrebungen der norwegischen Regierung, alle Schwierigkeiten, die sich der Kandidatur des Dänenprinzen entgegenstellen haben, durch geheime Agenten zu beseitigen, sind in den letzten Tagen unermüdlich fortgesetzt worden, und wenn man einem Hitztelegramm glauben kann, jetzt, was Dänemark anbelangt, befreit und ebenso auch in Schweden. Heber London haben die skandinavischen Wähler erst erfahren, daß neben Norwegen auch der norwegische Diplomat Wedel-Jarlsberg in Kopenhagen war, der jetzt mit dem englischen König und dem englischen Ministerium konferiert.

### Hus der Partei.

Behandlung sozialdemokratischer Redakteure im Gefängnis. Die Leipziger Volkszeitung teilt mit: „Unser Redaktionskollege Paul Lange ist auf Schloß Hohenzollern bei Stolberg in Sachsen interniert. Es ist ihm Selbstbestätigung und Selbstbefreiung gewährt worden, auch daß er eigene Meldung tragen.“

Demgegenüber kann die Schwabische Tagwacht mitteilen, daß ihrem Redakteur Meißner, der seine dreimonatige Gefängnisstrafe zurzeit im preussischen Gefängnis zu verbüßen in Hohenzollern verbleibt, obwohl Selbstbefreiung als Selbstbefreiung verweigert worden ist. Auch den Vorzug, eigene Meldung tragen zu dürfen, genießt Genosse Meißner nicht. In der Gefängniszeitung, wie sie der gemeine Verbrecher tragen muß, darf er sich die Zeit mit Holzzerkleinern verbringen. An der rechtzeitigen Einreichung eines Gesuches um Bewährung von Selbstbefreiung und Selbstbefreiung hat es Meißner nicht fehlen lassen, ca. drei Wochen vor seinem Straftritt wurde es eingereicht; W. Meißner aber über das Schicksal seiner Witte im unklaren, bis er bereits einen Teil seiner Strafe verbüßt hatte. Dann wurde ihm eröffnet, daß sein Gesuch abgelehnt sei. Auf die Befreiungsbewerbung verjüngerte Meißner, weil er Grund zu der Annahme hatte, daß die Entscheidung derselben sich gegen den Schluß der Dauer seiner Inhaftierung hinausziehen und dann am Ende das Ergebnis doch ein abnehmendes sein werde. Auch das persönliche Vorprechen eines Kollegen Meißner dem Staatsanwalt von Gefängnis führte nicht zu einer Willkür der freigen Genossenbehandlung, die Meißner zuteil wird. Der Staatsanwalt bestand auf seinem Sein, daß er das Recht habe, den politischen Gefangenen Meißner wie einen gemeinen Sträfling zu behandeln. Die einzige Wohlthat, die Meißner genießt, besteht darin, daß er eine bürgerliche Zeitung lesen darf. Kennend ist die Behandlung der gefangenen Redakteure in Gefängnissen ein unvergleichlich härtere wie selbst in Sachsen. Wobei aber noch zu beachten ist, daß Meißners Strafe auf einem Vergehen beruht, das die Strafanstalt Hannover in ihrer ersten Verhandlung zu einer Freisprechung gelangen ließ. Erst im zweiten Vergehren, das auf den Beschluß des Reichsgerichts herbeigeführt wurde, kam das Hannoverische Gericht zur Verurteilung.

### Erwerbschaftliche Arbeiter Deutschlands!

Der gefassten Tabakindustrie droht eine neue Gefahr, die für uns zwar noch nicht in greifbarer Gestalt vorliegt, die aber doch genügend durch offizielle Mitteilungen in Sachreisen und Neuerungen der verschiedensten Zeitungen erörtert worden ist. Diese erwähnten Mitteilungen veranlassen die Unterzeichneten schon jetzt, an die Kollegenchaft Deutschlands heranzutreten mit dem Ersuchen, dieser drohenden Gefahr beizutreten zu begegnen.

Der im Jahre 1898 zu Berlin stattgehabte Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands zur Bekämpfung der Tabakarbeitersteuer hat die unterzeichnete Kommission beauftragt, bei etwaigen neuen Steuerprojekten sofort in Aktion zu treten. Diefem unferem Auftrage kommen wir hiermit nach, indem wir die Kollegen ersuchen, allorts auf dem Posten zu sein, um einer abermaligen Verjährung ihrer Lebenshaltung vorzubeugen. Wir lassen hiermit einen kurzen historischen Rückblick über die stete Bemühung folgen.

Seit circa 40 Jahren sind der Tabakindustrie seitens der Regierung nur kurze Ruhepausen vergönnt worden. Wie unendlich schwer die Tabakarbeiter durch diese Maßnahmen gelitten haben, beweist der gegenwärtige Stand ihrer Lebenshaltung. Katastrophe ist es, daß die Tabakarbeiter zu den schicksalhaftesten Industriearbeitern Deutschlands gewählt werden müssen, und zwar infolge der Steuerpolitik der Reichsregierung.

Eine Regierungsvorlage im Jahre 1867, welche einen Kongreß der Tabakarbeiter zu Kassel hervorrief, zu welchem auch drei Arbeiter zugezogen worden sind, verlangte eine Erhöhung des Zolls von 4 auf 10 Taler, eine Bodensteuer von 20 Taler pro preussischen Morgen, eine Fabriksteuer von 16 Taler pro Wille und 3 Taler pro Pfund Rauchtabak; ferner war eine Konzeptionssteuer in Aussicht genommen. Eine heftige Empörung machte sich sofort gegen dieses Attentat in Zureichentum geltend, was zur Folge hatte, daß diese Vorlage im Parlament glatt abgelehnt wurde.

Am 22. November 1875 erklärte Bismarck im Reichstags:

„Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Steuern feuert.“

Nachdem im Jahre 1878 das Sozialistengesetz eingeführt wurde, begann man die famose Reform des deutschen Zolltarifs. Durch diese Reform wurde der Zoll auf Tabak von 24 auf 86 M. und die Steuer von 2 auf 45 M. zu Doppelten erhöht, nachdem Bismarck mit dem Monopol gedroht hatte. Infolge dieses rigorosen Schlags wurden circa 15 000 Tabakarbeiter brotlos.

Der Tabakarbeiter Deutschlands!

Der gefassten Tabakindustrie droht eine neue Gefahr, die für uns zwar noch nicht in greifbarer Gestalt vorliegt, die aber doch genügend durch offizielle Mitteilungen in Sachreisen und Neuerungen der verschiedensten Zeitungen erörtert worden ist. Diese erwähnten Mitteilungen veranlassen die Unterzeichneten schon jetzt, an die Kollegenchaft Deutschlands heranzutreten mit dem Ersuchen, dieser drohenden Gefahr beizutreten zu begegnen.

Der im Jahre 1898 zu Berlin stattgehabte Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands zur Bekämpfung der Tabakarbeitersteuer hat die unterzeichnete Kommission beauftragt, bei etwaigen neuen Steuerprojekten sofort in Aktion zu treten. Diefem unferem Auftrage kommen wir hiermit nach, indem wir die Kollegen ersuchen, allorts auf dem Posten zu sein, um einer abermaligen Verjährung ihrer Lebenshaltung vorzubeugen. Wir lassen hiermit einen kurzen historischen Rückblick über die stete Bemühung folgen.

Seit circa 40 Jahren sind der Tabakindustrie seitens der Regierung nur kurze Ruhepausen vergönnt worden. Wie unendlich schwer die Tabakarbeiter durch diese Maßnahmen gelitten haben, beweist der gegenwärtige Stand ihrer Lebenshaltung. Katastrophe ist es, daß die Tabakarbeiter zu den schicksalhaftesten Industriearbeitern Deutschlands gewählt werden müssen, und zwar infolge der Steuerpolitik der Reichsregierung.

Eine Regierungsvorlage im Jahre 1867, welche einen Kongreß der Tabakarbeiter zu Kassel hervorrief, zu welchem auch drei Arbeiter zugezogen worden sind, verlangte eine Erhöhung des Zolls von 4 auf 10 Taler, eine Bodensteuer von 20 Taler pro preussischen Morgen, eine Fabriksteuer von 16 Taler pro Wille und 3 Taler pro Pfund Rauchtabak; ferner war eine Konzeptionssteuer in Aussicht genommen. Eine heftige Empörung machte sich sofort gegen dieses Attentat in Zureichentum geltend, was zur Folge hatte, daß diese Vorlage im Parlament glatt abgelehnt wurde.

Am 22. November 1875 erklärte Bismarck im Reichstags:

„Ich kann die Zeit kaum erwarten, daß der Tabak höhere Steuern feuert.“

Nachdem im Jahre 1878 das Sozialistengesetz eingeführt wurde, begann man die famose Reform des deutschen Zolltarifs. Durch diese Reform wurde der Zoll auf Tabak von 24 auf 86 M. und die Steuer von 2 auf 45 M. zu Doppelten erhöht, nachdem Bismarck mit dem Monopol gedroht hatte. Infolge dieses rigorosen Schlags wurden circa 15 000 Tabakarbeiter brotlos.

Der Tabakarbeiter Deutschlands!

Der gefassten Tabakindustrie droht eine neue Gefahr, die für uns zwar noch nicht in greifbarer Gestalt vorliegt, die aber doch genügend durch offizielle Mitteilungen in Sachreisen und Neuerungen der verschiedensten Zeitungen erörtert worden ist. Diese erwähnten Mitteilungen veranlassen die Unterzeichneten schon jetzt, an die Kollegenchaft Deutschlands heranzutreten mit dem Ersuchen, dieser drohenden Gefahr beizutreten zu begegnen.

1880 legte projekt vor, Zahlung durch den Reichstag.

Im Jahre 1898 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 10 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1900 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 15 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1902 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 20 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1904 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 25 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1906 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 30 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1908 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 35 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1910 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 40 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1912 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 45 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1914 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 50 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1916 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 55 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1918 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 60 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1920 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 65 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1922 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 70 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1924 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 75 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1926 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 80 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1928 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 85 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1930 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 90 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1932 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 95 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1934 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 100 Taler pro Morgen eingeführt.

Im Jahre 1936 wurde die Tabakarbeitersteuer in Höhe von 105 Taler pro Morgen eingeführt.



